



Medium DIE WELT

WELT

Thema #AufbruchJetzt – Agenda für Familienunternehmen

Datum 08.01.2024

„Deutschland ist reformmüde geworden“ – Das ist der Rettungsplan der Familienunternehmer



Von **Carsten Dierig**
Wirtschaftskorrespondent

Stand: 08:13 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Quelle: Getty Images/Tom Werner

Die Stiftung Familienunternehmen zeigt sich „schwer enttäuscht“ von der Entwicklung am Standort. Deutschland sei „reformmüde“. Es brauche eine grundlegende Wende in der Wirtschaftspolitik. Dafür haben die Familienunternehmer zehn Punkte formuliert. WELT liegt das Papier exklusiv vor.



Deutschlands Familienunternehmen fordern eine grundlegende Wende in der Standort- und Wirtschaftspolitik. „Agenda für den Mittelstand“ heißt ein Positionspapier der Stiftung Familienunternehmen und Politik, das WELT exklusiv vorliegt.

Darin listet die von gut 500 Unternehmen getragene Organisation auf, wie und wo eine neue Bundesregierung aus Sicht des Mittelstands aktiv werden muss. „Die Familienunternehmen sind schwer enttäuscht, weil Deutschland reformmüde geworden ist und nur wenig vorangeht“, sagt Stiftungsvorstand Rainer Kirchdörfer. „Wohin das führt, zeigen die Rezession und die Strukturkrise, in der wir uns befinden.“ Doch ein großer Teil der Wirtschaftspolitik sei auch Psychologie. Und: „Die neue Bundesregierung hat die Chance, das Steuer herumzureißen. Noch ist es nicht zu spät, um den Standort wieder wettbewerbsfähig zu machen.“

Insgesamt zehn Punkte umfasst die Agenda, darunter die Forderungen nach einer Absenkung von Steuern und Lohnnebenkosten, nach bezahlbaren Energiepreisen und weniger Bürokratie oder nach einer Stärkung des ländlichen Raums und einem höheren Arbeitsvolumen. Zudem müsse für einen Stimmungswechsel eine neue Denkweise Einzug halten. „Dazu gehört die Anerkennung für die vielen Menschen, die den Karren ziehen“, heißt es in dem Papier mit Verweis auf Arbeitnehmer und Unternehmer. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Leistung und unternehmerische Verantwortung schlechtgeredet und mit staatlicher Kontrollwut überzogen werden.“ Mut und Leistungsbereitschaft müssten wieder honoriert werden.

Dieser „Kontrollwut“ widmet das knapp sechsseitige Papier den mit Abstand meisten Platz. Unter der Überschrift „Staatliche Bevormundung beenden, Berichts- und Dokumentationspflichten abbauen“ arbeitet sich die Stiftung Familienunternehmen und Politik an der Bürokratie in Deutschland ab und macht Vorschläge, wie sie sich eindämmen lässt. „Ziel sollte der Abbau von zehn Milliarden Euro bürokratischer Belastungen sein, um zumindest den Mehraufwand, der durch die Ampel-Koalition geschaffen wurde, in einem ersten Schritt wieder abzubauen.“

Dazu soll nach Ansicht der Familienunternehmen, die laut Stiftung hierzulande rund 60 Prozent aller Arbeitsplätze und 55 Prozent des Gesamtumsatzes stellen, zum einen das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz außer Kraft gesetzt und dessen Verhältnismäßigkeit überprüft werden.



„Ein großes deutsches Familienunternehmen hat alle seine 20.000 weltweiten Lieferanten geprüft. Der Aufwand: Zehn Mitarbeiter wurden neu eingestellt. Die Kosten samt IT: zwei Millionen Euro. Bei der Überprüfung ist aber kein einziger Lieferant herausgefallen, weil das Unternehmen schon seit Langem die UN-Nachhaltigkeitsziele beachtet. Der Gesetzgeber sollte anerkennen, dass die große Mehrzahl der Familienunternehmen ihrer Verantwortung gerecht wird.“

Zum anderen fordert die Stiftung, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, verschiedene EU-Vorgaben zurückzuschrauben oder zu vereinfachen, etwa bei einer möglichen Novelle der Chemikalienverordnung REACH, bei der Lieferkettenregulierung CSDDD, vor allem aber bei der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. „Die mehr als 1000 Berichtspunkte können um mindestens zwei Drittel reduziert werden.“

Um grundsätzlich vorzubeugen, wird in der Mittelstandsagenda ein „Bürokratiefilter“ für neue Gesetze angeregt. „Ob in der Umwelt- oder in der Verkehrspolitik – überall gibt es Grenzwerte. Warum nicht bei der Bürokratiebelastung?“ Auch hier müsse es künftig ein verbindliches Höchstmaß geben.

„Der Grenzwert darf bei maximal zwei Prozent des Umsatzes eines Unternehmens liegen“, so der Vorschlag. Das wäre im Vergleich zum Ist-Zustand schon eine Halbierung. „Unseren Schätzungen nach liegt dieser Wert derzeit bei mindestens vier Prozent vom Umsatz.“ Für eine realistische Einschätzung des Aufwands schlägt die Stiftung vor, Unternehmen und damit die tatsächlich Betroffenen frühzeitig einzubeziehen und Erhebungen machen zu lassen, bevor ein Gesetz verabschiedet wird.



„Längste Ferien, höchsten Krankenstand“

Den zweitmeisten Platz im Dokument nimmt das Thema Arbeit ein. Auch hier macht die Stiftung Vorschläge, um den Standort wieder wettbewerbsfähiger zu machen. „Wir müssen in Deutschland als Gesellschaft mehr arbeiten“, ist dabei die Kernforderung. „In der Schweiz leistet ein Beschäftigter im Jahr 2000 Arbeitsstunden mehr als bei uns. Wir haben die kürzesten Arbeitszeiten, die längsten Ferien, die meisten Feiertage und den höchsten Krankenstand. Alle Anstrengungen müssen darauf ausgelegt sein, das volkswirtschaftliche Arbeitsvolumen zu erhöhen.“

Damit adressieren die Familienunternehmen zum einen die Arbeitnehmer und deren Einstellung, aber auch die Betriebe, die für eine entsprechende Arbeitsumgebung sorgen müssen. Gerade erst hat eine Umfrage der Beratungsgesellschaft EY gezeigt, dass überdurchschnittlich vielen Menschen in Deutschland die Motivation am Arbeitsplatz fehlt. Demnach gibt nicht mal jeder zweite Angestellte sein Bestes, was im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ist. „Uns als Gesellschaft, aber vor allem den Arbeitgebern sollte das zu denken geben“, sagt EY-Partner Nelson Taapken.

Zum anderen sehen die Familienunternehmen aber auch die Politik in der Pflicht. „Wir brauchen mehr Möglichkeiten und Anreize für längeres Arbeiten“, heißt es in dem Papier. „So sollte es für Arbeitnehmer durch eine Reduzierung der Abgabenlast attraktiver werden, Überstunden zu leisten.“

Zudem seien steuerliche Anreize erforderlich, damit sich Arbeiten auch im Rentenalter finanziell besser lohnt. Darüber hinaus gelte es, Wege aus der Teilzeit und aus der Phase der Familienbetreuung hin zu mehr Erwerbstätigkeit zu ebnen, um insbesondere Frauen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Doch es sind nicht nur nationale Themen, die in der Mittelstandsagenda angesprochen werden. Die Stiftung Familienunternehmen und Politik sieht die Bundesregierung auch gefordert, Deutschlands Gewicht in der Europäischen Union (EU) stärker einzubringen und „die Interessen der deutschen Wirtschaft entschlossener zu artikulieren und unverhältnismäßige Belastungen der Unternehmen zu verhindern“. Frankreich habe bei der Lieferkettenrichtlinie in Brüssel vorgemacht, wie geschicktes Verhandeln aussieht.

Doch es geht den Familienunternehmen auf EU-Ebene nicht nur um Richtlinien und Verordnungen, sondern auch um den Außenhandel. „Wir brauchen fokussierte Handelsabkommen statt Strafzölle“, lautet das Credo der Wirtschaft. „Denn Beschränkungen im internationalen Handel schaden der Exportnation Deutschland in besonderem Maße.“



Und dann wandere Produktion ab in andere Länder. Studien der Stiftung Familienunternehmen würden bereits zeigen, dass drei Viertel der großen Familienunternehmen in den nächsten Jahren weniger im Inland investieren. „Die Anzeichen für eine Deindustrialisierung verstärken sich“, heißt es mahndend im Vorwort der Agenda.

Stiftungsvorstand Kirhdörfer unterstreicht diese Tendenz und verweist dabei auf Erfahrungen aus seiner Arbeit als Aufsichtsrat in vielen Familienunternehmen. „Die meisten Unternehmen sehen für 2025 noch kein Licht am Horizont. Viele Familienunternehmen wachsen erfreulicherweise nach wie vor, doch dieses Wachstum findet oft ausschließlich im Ausland statt. Das ist für den Standort Deutschland alarmierend.“

Carsten Dierig ist Wirtschaftsredakteur in Düsseldorf. Er berichtet über Handel und Konsumgüter, Maschinenbau und die Stahlindustrie sowie über Recycling und Mittelstandsunternehmen.